Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 26. Januar 1930
Sonntag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 43

26. 1. 30

20 Pfennig

Unsere Meinung

Die Leitung der kommunistischen Internationale in Moskau ist wieder einmal über die sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland vollkommen falsch unterrichtet. Sonst könnte nämlich die russische kommunistische Presse nicht davon schreiben, daß der Kommunismus in Deutschland zur Zeit eine „objektiv revolutionäre Situation" vorfinde. Für die kommunistischen Dogmatiker vollzieht sich jede politische Entwicklung nach dem Schema der russischen Revolution von 1917, und man glaubt in Moskau offenbar jetzt wieder, daß in Deutschland der Uebergang vom „Kerenski-System" zur „Lenin-Revolution" unmittelbar bevorstehe oder unmittelbar vollzogen werden könne. Das ist aber ein furchtbarer Irrtum, genau so wie es 1918, 1919, 1920 und 1923 ein Irrtum war. Wir maßen uns nicht an, genügend „marxistische Schulung" zu besitzen um im einzelnen nachzuweisen, daß die Kommunisten von falschen Voraussetzungen ausgehen. Nur auf eins wollen wir hinweisen: Im Grunde ist, wie das Jahr 1918 bewiesen hat, auch dem deutschen Arbeiter alles Revolutionäre, Zerstörende unsympathisch. Im Gegenteil: es mehren sich die Anzeichen — man frage die Literaten mit Konjunkturwitterung —, daß die sozialistisch-kommunistische Phrase, die 12 Jahre lang das große Wort geführt hat, an Aktionskraft zu verlieren beginnt, und daß eine bürgerliche Selbstbesinnung sich vorbereitet. Trotzdem wäre es falsch, vor der verbrecherischen Agitation der Kommunisten die Augen zu verschließen. Getrieben von Moskau, glauben unsere Kommunisten die tatsächliche Not, die in Deutschland vorhanden ist, und die sich z. B. in der Erwerbslosenziffer ausdrückt, für ihre Zwecke ausnützen zu können. Es handelt sich bei all den blutigen Zusammenstößen der letzten Zeit um den Versuch, die Leninsche Theorie zu verwirklichen, nach der Demonstrationen in Barrikadenkämpfe und schließlich in eine offene Revolution übergeleitet werden sollen. Für den Staat ergibt sich aus dieser Sachlage die doppelte Pflicht: den Schutz seiner Bürger unter allen Umständen zu gewährleisten und sich von einer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu lösen, die zu den heutigen Zuständen geführt hat. Wenn es gelingt, durch eine andere, vernünftige Politik Arbeit und Brot zu schaffen — und das Schicksal Rußlands zeigt, daß das auf dem Wege des Kommunismus nicht möglich ist —, dann wird der kommunistische Spuk bald verflogen sein. Freilich ist dazu notwendig, daß das Bürgertum von Rechts bis Links in ganz anderer Weise als bisher politische Aktivität entfaltet.

★

Im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wird bei uns jetzt viel über die Möglichkeit einer „Annäherung" zwischen Deutschland und Polen debattiert. Unsere Meinung zu dieser Frage ist den Lesern der „DAZ" bekannt; doch ist es nicht uninteressant, festzustellen, wie man sich in anderen Polen benachbarten Staaten zu dem Problem der Annäherung an die Weichselrepublik stellt. Sehr bezeichnend hierfür sind die Stimmen, die jetzt anläßlich der bevorstehenden offiziellen Reise des estländischen Staatsältesten nach Warschau in den politischen Kreisen Lettlands, Litauens und Sowjetrußlands laut werden. In allen diesen Ländern hat die Ankündigung dieser Anfang Februar stattfindenden Reise peinliche Ueberraschung hervorgerufen, und es werden die schwersten Bedenken gegen die jetzt erneut zutage tretenden Tendenzen Estlands geäußert, das seit jeher nach einer engeren politischen Zusammenarbeit mit Polen strebt. In Litauen empfindet man diese Tendenzen als ein schweres Hinderniß auf dem Wege der Verwirklichung des baltischen Dreistaatenbündnisses Litauen-Lettland-Estland. Als eine direkte Herausforderung Litauens betrachtet man die in das Warschauer Empfangsprogramm aufgenommene Absicht Polens, das estländische Staatsoberhaupt unterwegs auch in Wilna feierlich zu empfangen. In Lettland schweigen sich zwar die offiziellen Kreise aus, eingedenk der Pflicht, das Staatsoberhaupt des Verbündeten bei seiner Durchreise mit der gebührenden Herzlichkeit aufzunehmen. Doch steht es fest, daß auch in den Regierungskreisen die beschlossene Extratour Estlands peinlichstes Befremden ausgelöst hat und als eine unangebrachte Belastung der lettländisch-estländischen Allianz betrachtet wird. Unter diesen Umständen kann ein Alarmartikel des oppositionellen „Sozialdemokrats" „Quo vadis, Esthonia?" diesmal als eine Meinungsäußerung im Sinne auch weiter Koalitionskreise aufgefaßt werden. Noch schärfer äußert sich die deutsche „Riga am Sonntag", die den „Flirt" mit Polen als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer bezeichnet und schreibt, eine zu enge Freundschaft Estlands mit Polen enthalte unbedingt auch eine Spitze gegen Lettland. Von den Sowjetblättern endlich äußern sich die Moskauer „Iswestija", die die estländische Polenfahrt als einen Sieg derjenigen Richtung in Estland bezeichnen, die eine sowjetfeindliche Orientierung in enger Anlehnung an Polen verfolge. — Man geht wohl nicht fehl, wenn man auch in Estland vorherrschende Abneigung gegen den Kurs auf Warschau voraussetzt, der von einigen mit der polnischen Diplomatie sehr befreundeten Außenpolitikern propagiert und halsstarrig eingehalten wird. Wir verweisen hierbei auf das völlige Fiasko der Handelsverträge Estlands und Lettlands mit Polen, wobei Estland nicht davor zurückgeschreckt ist, durch Aufnahme einer besonderen Klausel Litauen schwer zu verärgern. Nach Abschluß des Handelsvertrages hat sich nämlich Polens Ausfuhr nach Estland sehr wesentlich erhöht, bei gleichzeitiger starker Senkung des estländischen Exports nach Polen. Genau die gleichen schlimmen Erfahrungen hat auch Lettland nach dem Abschluß des Vertrages mit Polen machen müssen, und solche Erfahrungen sind natürlich denkbar ungeeignet, die Bestrebungen einer politischen Annäherung an Polen auf Kosten der Wirtschaft in Estland populär zu machen.

Programmatische Erklärung des indischen Vizekönigs

Lord Irwin bleibt bei seinem Ziel: Indien als Dominium — Strenge Warnung vor Gewaltmethoden

Delhi, 25. 1. (Sonderdienst der „DAZ")

Vizekönig Lord Irwin erklärte in einer heute vor der Gesetzgebenden Versammlung gehaltenen Rede, er übernehme die volle Verantwortlichkeit für seine im Oktober erlassene, von den englischen Konservativen und Liberalen scharf kritisierte Proklamation, in der als Ziel der britischen Indienpolitik die Gewährung des Dominionstatus an Indien bezeichnet wurde. Er würde gegen seine Ueberzeugung und seine Pflicht verstoßen haben, wenn er die britische Regierung anders beraten hätte.

Er habe die Verleihung des Dominionstatus nicht als unmittelbar bevorstehend angekündigt, sondern als das Endziel der britischen Politik, und damit habe er lediglich die längst anerkannte britische Indienpolitik erneut zum Ausdruck gebracht. Die Inder forderten den Dominionstatus und Befreiung von der Kontrolle in internen indischen Angelegenheiten. Aber die Schwierigkeiten, die der Erfüllung dieses Wunsches im Wege ständen, seien unbestreitbar. Die Londoner Konferenz (d. h. die Konferenz zwischen der britischen Regierung und Delegierten der indischen Nationalversammlung) habe er in Vorschlag gebracht, damit auf dieser der schnellste Weg zur Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten ermittelt würde. Er rate den Indern, sich unter sich selbst zu einigen und dann auf der Konferenz, die voraussichtlich im Herbst in London zusammentreten würde, ihre Wünsche vorzubringen.

Denen, die versuchen sollten, die indischen nationalistischen Ziele mit Gewalt und unter Anwendung ungesetzlicher Methoden zu verwirklichen, gebe er klar zu verstehen, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Gesetz und Ordnung in Indien aufrechtzuerhalten entschlossen sei.

★

Die Polizei ist einer weitverzweigten Verschwörung auf die Spur gekommen. In Kalkutta wurden bei der Durchsuchung mehrerer verdächtiger Häuser Schriftstücke, Bomben, Explosivstoffe und Dolche beschlagnahmt. Fünfzehn Personen wurden verhaftet. In einem Dorfe bei Poona wurden drei Personen durch Bombenwürfe getötet.

Pressefeball 1930

Der Ball des Vereins Berliner Presse, das große repräsentative Fest Berlins, in sämtlichen Räumen des Zoologischen Gartens, begann mit außerordentlicher Stimmung und einer Beteiligung, die das einzigartige gesellschaftliche Ereignis kennzeichnen.

Kurz nach 9 Uhr fuhren die ersten Wagen in der Budapester Straße und der Lichtenstein-Allee vor. Gegen 10 Uhr stauten sich bereits die Autos zu Hunderten vor dem Adler-Portal, und ein beträchtliches Aufgebot an Schupos bedurfte aller Energie und Ruhe, um die Zu- und Abfuhr einigermaßen in Fluß zu halten.

Vom neuem Portal aus roten Klinkern in der Lichtenstein-Allee leuchteten die weißen Elsbären Hägers durch die Bäume. Hier entwickelte sich die Anfahrt dank des Umbaues glatt und mit mustergültiger Bequemlichkeit für die Festbesucher.

Vor den beiden Eingängen aber hing eine Traube von Menschen, die als wahre Genießer die Phänomene der Ankommenden mit Zylinder und der wiedererstandenen Schleppe durch sachliche und kritische Feststellungen begrüßten.

Während wir diesen Bericht durchtelephonieren, ist das Fest in vollem Gang. In allen Sälen wird getanzt. Die besten Berliner Kapellen spielen. Vor den Logen der Reichsregierung und der übrigen staatlichen und sonstigen Prominenz stauen sich die Paare. Die Tombola, die sich von anderen Ball-Lotterien dadurch unterscheidet, daß man wirklich Lust bekommt, einen dieser Preise zu gewinnen, und wenn es auch nur ein Auto, ein Flügel oder ein silbernes Teeservice wäre, wird belagert. Die ungewöhnliche Anzahl an schönen, eleganten jungen Frauen verleiht diesem Fest eine Art Hochspannung und technisiert die Aeußerung mancher ausländischen Gäste, daß dieser weibliche Typus, wie man ihn in Deutschland heute findet, für die Welt ein neues Ereignis bedeutet. Die Gäste werden in allen Räumen für die kommende Wochenschau gefilmt, für die illustrierten Magazine photographiert. Alfred Braun mit dem Mikrophon ist bald hier, bald dort, um die unglücklichen Ehrengäste zu interviewen und die Gespräche an Hunderttausenden von Rundfunkhörern weiterzugeben.

In der mit Orchideen geschmückten Ehrenloge waren bisher der Reichskanzler mit dem fast vollzählig erschienenen Reichskabinett zu sehen, ferner eine Reihe Minister der preußischen Staatsregierung, viele Gesandte deutscher Länder, der Stadtkommandant, Freiherr v. Schleinitz, und die Rektoren der Berliner Hochschulen.

Die ersten Presseballgäste erscheinen vor dem neuen Zoogebäude an der Lichtensteinbrücke

Amerika nimmt das französische Tonnage-Prinzip an

Wenn auch nur als Diskussionsbasis

sx. London, 25. 1. (Eigenbericht)

Im Anschluß an eine Besprechung zwischen dem amerikanischen Delegierten Morrow und Tardieu hat die amerikanische Delegation der französischen mitteilen lassen, daß Amerika zwar das englische Prinzip der Tonnageaufteilung nach Kategorien verwirfe, aber bereit sei, das französische Prinzip der Gesamttonnage als Diskussionsbasis anzunehmen.

fa. Paris, 25. 1. (Eigenbericht)

Was die technische Seite der Londoner Beratungen anbetrifft, so verhehlt man sich in der französischen Presse nicht die Schwierigkeiten, die einer Einigung über den bekannten Vorschlag Paul-Boncours im Wege stehen, hält im allgemeinen aber eine Regelung für möglich. (Wie unsere Londoner Meldung zeigt, ist diese Schwierigkeit zum Teil schon aus dem Weg geräumt.)

Was die politische Seite der Konferenz anbetrifft, so ist der Ton beträchtlich heftiger geworden. Zunächst hat Pertinax im „Echo de Paris" ein ungemein abfprechendes Bild von der Tätigkeit MacDonalds entworfen, der seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen sei und dem man wünschen müsse, daß er sich über das Wochenende sammle.

Premiere von gestern

Pfitzners „Palästrina"

Staatsoper Unter den Linden

Eine sehr würdige, vor allem im Musikalischen ausgezeichnete Aufführung des großartigen Werkes unter fjenischer Leitung Pfitzners mit Max v. Schillings am Dirigentenpult. Fritz Soot als Palästrina und der (hoffentlich) wiedergewonnene Karl Armster als Borromeo sind die idealen Vertreter der beiden Hauptpartien.

Schrenk

Letzte Sportnachrichten

Frau v. Reznicek französische Hallenmeisterin

Die Schlußrunde in der französischen Damen-Hallen-Tennismeisterschaft bestritten am Sonnabendabend die deutsche Tennismeisterin Frau v. Reznicek und die Französin Madame Bordes-Paris. Frau v. Reznicek konnte sich nach anfänglicher Unsicherheit klar gegen ihre Gegnerin durchsetzen und gewann das Spiel überlegen 6:2, 6:2.

Aufrichtige Politik

Von Dr. Hans Luther, Reichskanzler a. D.

Der folgende Aufsatz, der für die große argentinische Tageszeitung „La Nacion" in Buenos Aires geschrieben wurde, wird uns zu gleichzeitiger Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. „La Nacion" brachte vor kurzem auch einen Artikel Poincarés über Frankreich und seine Politik.

Nicht der verlorene Krieg gegen die Welt allein bestimmt die Politik des Deutschen Reiches. Wer die Dinge so ansieht, sieht sie unvollständig und sogar falsch. Die Politik des Deutschen Reiches wird in der Hauptsache durch zwei unveränderliche Faktoren bedingt, durch die geographische Lage und durch die Dichte einer auf höchster Kulturstufe stehenden Bevölkerung. Deutschland und die Deutschen haben im Gegensatz zu den iberischen Nationen, zu den Briten, Franzosen und Italienern fast nach allen Richtungen hin offene Grenzen, und vielle Millionen Stammesangehöriger wohnen zwar außerhalb des staatlichen Machtbereichs, aber in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Diese Lage des deutschen Volkes erschwert es ungemein, die Politik seines Staates auf einfache Formeln zu bringen und endgültige Lösungen in einer bestimmten Richtung anzustreben. In großen Zügen handelt es sich für deutsche Politiker immer nur darum, ein möglichst günstiges Arrangement mit seinen, wie jedermann weiß, recht schwierigen Nachbarn zu treffen und gleichzeitig Mittel und Wege aufzufinden, um trotz des immer bereiter werdenden Lebensraums Dasein und Entwicklung des deutschen Volkes zu ermöglichen.

Welche Schwierigkeiten das Arrangement mit den deutschen Nachbarn bietet, davon ist die europäische Geschichte der letzten Jahrhunderte erfüllt. Dies Arrangement wurde, wobei man die Schuldfrage an den verschiedenen Kriegen völlig außer acht lassen kann, von Deutschland und allen seinen Nachbarn teils auf friedliche, teils auf kriegerische Weise zu erreichen versucht. Es gab, namentlich um die beiden großen Gegner Deutschland und Frankreich herum, ständig wechselnde Bündnisgruppierungen.

Man kann durch die entsetzliche Katastrophe des großen Krieges allgemein zu einer spontanen Ablehnung der Bündnispolitik für die Zukunft. Man schuf den Völkerbund und versucht seit zehn Jahren in Konferenzen, die von allen europäischen und auch außereuropäischen Staaten beschickt werden, das friedliche Arrangement. Dabei erweist sich, daß es leichter ist, das Schlagwort von einer „endgültigen Liquidation des Krieges" auszuspechen als es zur Tatsache werden zu lassen. Deutschlands Interesse an dieser Kriegsliquidation ist besonders stark, weil seine Kriegswunden die tiefsten sind, weil die von ihm zu lösenden Aufgaben die schwierigsten von allen sind, und weil es nur dann seine Bevölkerung ernähren kann, wenn ihm die Möglichkeit zur ruhigen und friedlichen Arbeit gegeben ist. Dabei sind die Lebensvoraussetzungen Deutschlands infolge des Vertrages von Versailles weitgehend verschlechtert, nicht nur durch Wegnahme wertvollen Landes und durch die Kriegstribute. Auch Deutschlands Entwaffnung ist bis auf einen geringfügigen Rest bewaffneter Macht, der für die Geltendmachung seiner Volkskraft überhaupt nicht in Betracht kommt, durchgeführt, während die durch den Vertrag von Versailles auch für die großen Nachbarn Deutschlands vorgeschriebene Entwaffnung auf dem Gebiet des Landheeres noch nicht einmal begonnen hat. Der sich daraus ergebende unnatürliche Spannungszustand in Europa behindert jede Zurückführung der europäischen Verhältnisse auf einen vernunftgemäßen Dauerzustand. Wirklicher Friede kann immer nur auf dem Boden wirklichen Rechts erwachsen. Wirkliches Recht aber setzt andere Verhältnisse voraus, als sie jetzt in Europa bestehen.

★

Die ganze Politik des Deutschen Reiches seit Kriegsende hat keinen anderen Gesichtspunkt, kann auch logischerweise keinen anderen Gesichtspunkt haben als ein aufrichtiges Suchen nach möglichst erträglichen Abgrenzungen seiner Lebensinteressen gegen die seiner Nachbarn. Die die ganze Welt überraschende Stärke, die Deutschland im Kriege gezeigt hat, verführt die deutschen Nachbarn häufig dazu, bei ihren Kriegsentschädigungsforderungen diese außerordentliche Kraftentwicklung während des Krieges zum Maßstabe ihrer Nachkriegsforderungen zu machen. Es werden infolgedessen oft Bedingungen aufgestellt und Summen von Zahlungen genannt, die keine andere Nation leisten könnte, und die auch für Deutschland selbst dann zu schwer sein würden, wenn die deutsche Arbeitskraft völlig wiederhergestellt wäre. Man muß die wechselvolle Geschichte der europäischen Konferenzen zur Erledigung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme einmal unter diesem Gesichtspunkt betrachten, wofern man die deutsche Lage würdigen will. Es hat sich jedesmal um ein die deutsche Nation gefährdendes Zuviel an Forderungen der ehemaligen Kriegsgegner gehandelt, das auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden sollte. Immer kam es darauf hinaus, den allernotwendigsten Lebensspielraum für die 63 Millionen Menschen zu sichern, die in den heutigen Grenzen des Deutschen Reiches leben. Dies war der Sinn aller der unzähligen internationalen Konferenzen, die zur Liquidierung des Krieges abgehalten wurden. Erst eine vielleicht nicht allzu ferne Zukunft wird volle Klarheit darüber erbringen, ob es möglich ist, daß die Deutschen unter den Lebensbedingungen bestehen und sich weiter entwickeln, die ihnen der Versailler und die nachfolgenden Verträge gestellt haben.

Deutschland hat sich bemüht und mit Erfolg bemüht, mit allen seinen Nachbarn nach dem Kriege auf der gegebenen neuen Grundlage und unter völliger Außerachtlassung der Kriegserinnerungen in einen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zu treten.